der Außenpolitik der Zwischenkriegszeit, des Widerstandes und der nationalsozialistischen Judenverfolgung verfaßt haben.

Hermann Graml: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bedeutende politische Ereignisse verändern nicht nur Gegenwartsbild und Zukunftserwartung der Zeitgenossen, sondern auch ihre Wahrnehmung der Vergangenheit. Meist entfernt sich dabei die Wahrnehmung von der gewesenen Realität. So ist es nicht sonderlich überraschend, daß uns die Vereinigung der lange getrennten Teile Deutschlands eine Flut von ahistorischen Urteilen über die Geschichte sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokratischen Republik beschert, zumal hier Emotionen im Spiele sind, die mit einer wohl nicht zu unterdrückenden Gier nach neuer Deutung der Vergangenheit verlangen. Gerade die entscheidenden Bedingungen der deutschen Geschehnisse nach dem Zweiten Weltkrieg drohen aus dem Blick zu geraten. So führt die Vorstellung in die Irre, die Wahl anderer als der tatsächlich beschrittenen Wege sei für die Deutschen im Grunde eine Willensfrage gewesen. Zumindest im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende stand die politische Entwicklung in Deutschland in Wirklichkeit unter Gesetzen, die den Deutschen die Freiheit der Entscheidung zunächst vollständig und dann noch eine ganze Weile fast vollständig nahmen.

Die deutsche Nachkriegsgeschichte beginnt ja nicht mit der Bildung zweier deutscher Teilstaaten im Herbst 1949; sie beginnt vielmehr am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr, als Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, im Hauptquartier von General Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der westlichen alliierten Streitkräfte in Europa, die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht unterzeichnete. Der Anlauf des nationalsozialistischen Deutschland unter Hitler, vorerst Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen und ein auf die Landmasse zwischen Atlantik und Ural gestütztes Imperium zu errichten, war definitiv gescheitert, damit auch der nationalsozialistische Versuch, Liberalismus und Parlamentarismus in Europa zu beseitigen, alle Erscheinungsformen des Sozialismus und eines Kommunismus marxistischer Observanz zu vernichten und an ihre Stelle einen Totalitarismus biologisch-rassistischer Prägung zu setzen. Zugleich machte die Kapitulation jede Fortsetzung des mit den beiden ersten Zielen aufs engste zusammenhängenden nationalsozialistischen Ausrottungsfeldzugs gegen die im deutschen Macht- und Einflußbereich lebenden Juden unmöglich. Nach langen Jahren der politischen und dann zunächst auch militärischen Defensive hatten die parlamentarischen Demokratien des Westens und die stalinistische Sowjetunion nicht nur ihre Existenz behauptet, sondern einen totalen Sieg errungen.

Als sofortige politische Folge der Kapitulation erlosch zunächst einmal sogar die staatliche Existenz Deutschlands. Die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen nun die in Europa dominierenden Mächte der Alliierten: Großbritannien, Sowjetunion, USA und Frankreich. Mit einer am 5. Juni 1945

veröffentlichten Proklamation stellten die vier Mächte die Übernahme offiziell fest; als Regierung des total besetzten und in vier Besatzungszonen geteilten deutschen Territoriums sollte der Alliierte Kontrollrat in Berlin fungieren, der aus den vier Oberbefehlshabern der in Deutschland stationierten Besatzungstruppen bestand. Mit diesem Akt setzten die Alliierten ihre Entschlossenheit in die Tat um, neben der militärischen zugleich die unumschränkte politische Verfügungsgewalt über Deutschland zu beanspruchen. Der Anspruch wiederum folgte aus einem Sicherheitsbedürfnis, das durch den erneuten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ aufs äußerste gereizt worden war und jetzt nach totaler Befriedigung verlangte. Erbittert durch die außerhalb der deutschen Grenzen nirgends ernstlich bezweifelte Verantwortung Deutschlands sowohl für den Ersten wie für den Zweiten Weltkrieg und tief erschreckt durch die Kraftentfaltung, zu der sich die deutsche Gesellschaft in beiden Kriegen fähig gezeigt hatte, stimmten in allen Siegermächten Bevölkerung und Politiker vorerst darin überein, daß brutaler Expansionismus ein Wesensmerkmal deutscher Politik sei und daß gegen eine Aggressivität, der ein so bedeutendes Potential zur Verfügung stehe, außergewöhnliche Vorkehrungen getroffen werden müßten. Die Verbrechen, die von den Organen des NS-Regimes in allen während des Krieges besetzten Ländern verübt worden waren, wirkten als zusätzliches Stimulans des Sicherheitsbedürfnisses und lieferten der Anwendung nahezu jeglicher Befriedigungsmittel das erforderliche gute Gewissen, wie die Abtrennung großer Teile Ostdeutschlands und die Vertreibung der Masse der Deutschen aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Rumänien, ja sogar aus den von der Sowjetunion und Polen annektierten ostdeutschen Gebieten klar genug zeigten. Doch hielten sich die Alliierten nicht nur für berechtigt, die Grenzen Deutschlands nach eigener Machtvollkommenheit festzulegen; sie fühlten sich überdies berechtigt und im Interesse des Weltfriedens sogar verpflichtet, über die internationale Orientierung wie auch über die grundlegenden inneren Ordnungsprinzipien eines deutschen Staates oder mehrerer deutschen Staaten zu bestimmen.

Der politische Wille der Deutschen und deutsche politische Interessen konnten zunächst allenfalls eine sekundäre Rolle spielen, konnten bestätigend oder passiv ablehnend wirken. Die Deutschen waren vorerst, ob im Osten oder im Westen, nicht imstande, aus ihrer Abhängigkeit hervorzutreten – nicht allein aufgrund der tiefen physischen und mentalen Erschöpfung, in der sich die Nation nach einem langen Krieg befand, und nicht allein aufgrund der politischen Apathie, die dem lange anhaltenden Schock einer totalen politischen und militärischen Niederlage folgte, sondern doch auch aufgrund der bald eine wachsende Anzahl der Deutschen beeinflussenden Einsicht, daß jedenfalls für eine Weile die Nation fremde Führung verdiente, ja ihrer sogar bedürftig war, weil sie mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen

zugleich einen einzigartigen politischen Irrweg eingeschlagen hatte und in eine singuläre moralische Katastrophe gestürzt war.

So nahmen die deutsche Bevölkerung und ihre politischen Repräsentanten auf Jahre einen Zustand hin, den hinsichtlich deutschlandpolitischer Grundfragen die Tatsache charakterisierte, daß die vier Besatzungsmächte, die für die Entwicklung Deutschlands die Verantwortung übernommen hatten, nicht mit den Deutschen, sondern nur über die Deutschen sprachen. Bei allen Deutschlandkonferenzen der Alliierten fehlten die Vertreter der Besiegten, und noch zur Gipfelkonferenz vom Juli 1955 konnten die im Mai 1955 mit der formalen Souveränität begabten Staaten Bundesrepublik und DDR lediglich Beobachterdelegationen entsenden.

Während der Pariser Außenministerkonferenz von 1946 kam es zu einer bezeichnenden Szene. Am 9. Juli erörterten die vier Außenminister abermals den schon Monate zuvor vom Chef des State Department, James F. Byrnes, vorgelegten Entwurf eines Vertrags, der, seinerseits ein Zeugnis des Bewußtseins totaler Handlungsfreiheit der Alliierten, vorsah, Deutschland noch nach der eigentlichen Okkupationsperiode 25 Jahre lang entwaffnet, neutralisiert und unter strikter Kontrolle zu halten. Als der sowjetische Außenminister Molotow, der nach Argumenten für eine Ablehnung des amerikanischen Entwurfs suchte, unter anderem sagte, die von Byrnes ins Auge gefaßten 25 Jahre seien eine zu kurze Frist, die Entwaffnung, Neutralisierung und Kontrolle Deutschlands hätten vielmehr 40 Jahre zu dauern, da hat Byrnes die sowjetische Anregung, die immerhin eine Verlängerung totaler deutscher Abhängigkeit um nicht weniger als 15 Jahre bedeutet hätte, augenblicklich akzeptiert; keiner der Außenminister hat dabei einen Gedanken an die Betroffenen verschwendet.

Gewiß war den Besatzungsmächten bewußt, daß auch ein besetztes Deutschland nicht in dem total ohnmächtigen Stand der Jahre 1945 und 1946 eingefroren werden konnte, vielmehr wirtschaftliche Kräftigung und die Wiederkehr politischstaatlicher Organisationsformen natürlich zugelassen werden mußten. Doch hat diese Erkenntnis das Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland und den zur Befriedigung des Bedürfnisses verfochtenen Anspruch auf Verfügungsgewalt über Deutschland eher noch gesteigert. Im Grunde war es den Alliierten darum zu tun, den zur eigenen Entlastung und zur Erholung ganz Europas sogar notwendigen und zu fordernden wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands auf Wegen zu erreichen, die sicherstellten, daß die politische Konsolidierung weit dahinter zurückblieb und jedenfalls unter keinen Umständen ein unkontrolliertes Deutsches Reich mit der so mißbrauchten außenpolitischen Bewegungsfreiheit wiedererstand. Darin waren sich die Führer der europäischen Besatzungsmächte untereinander und auch mit der Regierung der etwas distanzierenden und auf die Geschehnisse in Kontinentaleuropa gelassener reagierenden Vereinigten Staaten einig. Der Begriff „Integration“ meinte von Anfang an und völlig unabhängig von jeweiligen politischen Großwetterlagen

die Bändigung oder Eindämmung der deutschen Aggressivität und die dauerhafte Beschneidung der deutschen Verfügungsgewalt über die Ressourcen Deutschlands.

Auch nach der Gründung zweier deutschen Staaten blieb die internationale politische Bewegungsfreiheit der Deutschen grundsätzlich suspendiert und in der Praxis stärkstens eingeschränkt. Sie standen nach wie vor unter Besatzungsrecht und durften formalisierte internationale Beziehungen lediglich zu ihren jeweils zuständigen Besatzungsmächten unterhalten. Sicherlich nicht als Kolonie der Westmächte zu bezeichnen, bot sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer frühen Phase doch als eine Art Protektorat dar.

Die DDR befand sich, grundsätzlich gesehen, in der gleichen Lage, allerdings mit einem qualitativen Unterschied in der Praxis: Waren die Vertreter der Westmächte von Anfang an bemüht, größtmögliche Übereinstimmung mit den Beherrschten herzustellen, und konnten sie angesichts des fast totalen Erfolgs ihrer Anstrengungen den Deutschen alsbald das Gefühl freiwilliger Partnerschaft vermitteln, so übte die Besatzungsmacht Sowjetunion in ihrem Protektorat die Führungsrolle mit Härte und ohne sonderliche Rücksicht auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung aus. Zwischen der fremden Herrschaft, einschließlich ihrer deutschen Administratoren, und einer Majorität der Bewohner der DDR bestand eine Kluft, die nicht schmaler werden wollte. Doch kam es immer wieder zu Vorfällen, die zeigten, daß sich die beiden deutschen Staaten, grundsätzlich gesehen, tatsächlich in durchaus ähnlicher Lage befanden. Noch am 14. Januar 1953 haben britische Besatzungsorgane Politiker, die es in der nordrheinwestfälischen FDP zu Rang und Einfluß gebracht hatten, verhaftet, weil sie, wie Außenminister Anthony Eden sagte, antiwestliche Auffassungen und politische Ziele propagierten.

Vom nie schlafenden Sicherheitsbedürfnis geleitet, nahmen die Besatzungsmächte ihre Funktion als Verwalter der deutschen Souveränität in der Tat vor allem dann äußerst ernst, wenn es um die internationale Grundorientierung Deutschlands ging. Auf der Berliner Außenministerkonferenz von Anfang 1954 sagte der sowjetische Außenminister Molotow in einer eher privaten Unterhaltung zu seinem amerikanischen Kollegen John Foster Dulles, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nicht den Fehler der Sieger von 1918 wiederholen und die Fesseln um Deutschland lockern dürften: „Es kommt darauf an, sicher zu sein, daß es eine Regierung gibt, die wir kontrollieren können.“ Gewiß zeugten solche Sätze auch für Molotows stalinistisches Politikverständnis, gleichermaßen jedoch für jenen abnormen Anspruch auf die politische Verfügungsgewalt über Deutschland, den nach abnormer Verletzung ein abnorm gesteigertes Sicherheitsbedürfnis begründete. Molotows westliche Gesprächspartner haben denn auch die Notwendigkeit, das internationale Handeln der Deutschen weiterhin zu kontrollieren, keineswegs bestritten.

Wenn alle Versuche, eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu finden, mit

Fehlschlägen endeten, so vor allem deshalb, weil hier ein zweiter Faktor ins Spiel kam, der in den zehn Jahren nach Kriegsende für die internationale Konstellation, in der mit dem Problem Deutschland umgegangen wurde, schon früh gleich wichtig war wie der erste und im Laufe der Zeit ständig noch an Gewicht gewann, nämlich die Verbindung jenes Sicherheitsbedürfnisses und jenes Anspruchs auf Verfügungsgewalt über Deutschland, die das Produkt der Erfahrung des Dritten Reiches und der Furcht vor einer Renaissance von Nationalsozialismus oder doch vor deutschem Nationalismus waren, mit Emotionen und Ängsten, die der Konflikt zwischen dem von der Sowjetunion beherrschten kommunistischen Lager und dem von den USA geführten Lager der westlichen Demokratien weckte.

Zeitweilig schien der Kalte Krieg für die Deutschen vorteilhaft zu sein, weil die Besatzungsmächte, von ihren allgemeinen Gründen zur Ermöglichung der Erholung Deutschlands abgesehen, die Deutschen als potentielle Bundesgenossen zu entdecken und in einer Weise zu umwerben begannen, wie das ohne den Kalten Krieg undenkbar gewesen wäre.

Bald zeigte sich aber, anfänglich nur in Umrissen, jedoch rasch sehr deutlich, daß die Ost-West-Spannung der Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte und der realen Entwicklung in Deutschland auch gefährliche und am Ende verhängnisvolle Impulse gab, und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens riß sie das Okkupationsgebiet gnadenlos in einen westlichen und einen östlichen Teil auseinander, und die an sich positive Tendenz, Deutschland in einem wirtschaftlich wie politisch integrierten europäischen Staatensystem den Wiederaufstieg zu ermöglichen, galt frühzeitig nicht mehr dem gesamten Besatzungsgebiet, sondern verengte sich, parallel zum nun einsetzenden gesamteuropäischen Spaltungsprozeß, auf den Willen, den jeweils eigenen Besatzungsraum in die entstehenden separaten Systeme des Westens bzw. des Ostens zu integrieren. Zweitens nahm der Vorgang in der hysterischen Atmosphäre des Ost-West-Konflikts eine Hektik und eine Rasanz an, zu der es in einem wenigstens etwas ruhigeren politischen Klima sicherlich nicht gekommen wäre. Die Einheit Deutschlands ging verloren, und das entbehrte insofern nicht einer tragischen Note, als die Siegermächte – Frankreich ausgenommen – im Frühjahr und Sommer 1945 eine solche Situation in Mitteleuropa keineswegs angestrebt hatten. Schon auf der Konferenz von Potsdam konnten sich aber die Mitglieder der Allianz nicht mehr auf eine gemeinsame Reparationspolitik gegenüber Deutschland verständigen. Der daher gefaßte Beschluß, die Siegermächte sollten ihre Reparationsansprüche im wesentlichen aus der jeweils eigenen Besatzungszone befriedigen, lief bereits, wenn auch noch ungewollt und meist sogar unerkannt, auf die Teilung Deutschlands hinaus, weil er die ebenfalls vereinbarte Behandlung des Okkupationsgebiets als wirtschaftliche Einheit konterkarierte. Außerdem legte Frankreich, das die drei anderen Mächte zwingen wollte, zu Aufteilungsplänen

zurückzukehren, durch systematische Obstruktion den Alliierten Kontrollrat in Berlin lahm. So erlangte der Kontrollrat gerade in seiner Anfangsphase und gerade in wichtigen Fragen nie die Fähigkeit, als gesamtdeutsche Regierung zu amtieren. Die vier Militärgouverneure exekutierten danach in ihren Zonen die vagen Direktiven des Potsdamer Protokolls zwangsläufig selbstherrlich, folgten dabei den ihnen vertrauten Interessen und Prinzipien des eigenen Landes und leiteten damit eine Sonderentwicklung der Regionen ein, die bereits im Laufe eines halben Jahres namentlich zwischen der sowjetischen Zone und dem westlichen Besatzungsgebiet einen tiefen Graben zog. Als sich der Konflikt zwischen Moskau und den Westmächten zum Kalten Krieg verschärfte, schwanden jedoch alle Chancen, den schon weit fortgeschrittenen Spaltungsprozeß anzuhalten oder gar rückgängig zu machen.

Es war nicht ohne Ironie, daß die eher hilflose Hinnahme einer an sich unwillkommenen Entwicklung, die sowohl in Moskau wie in Washington und London die Reaktion auf den deutschen Spaltungsprozeß zunächst gekennzeichnet hatte, just in dem Augenblick von bewußter Bejahung des Standes der Dinge und von einer dementsprechenden Politik abgelöst wurde – das heißt im Laufe des Jahres 1946 –, da beide Lager von weiteren ernsthaften Versuchen zur Ausdehnung der eigenen und zur Zurückdrängung der gegnerischen Machtsphäre Abstand zu nehmen und der Verteidigung des erworbenen Besitzstands Priorität einzuräumen begannen, da also an die Stelle von „Roll on“ und „Roll back“ „Containment“ trat.

Gerade in einem Konflikt, in dem beide Kontrahenten zwar mit aggressiver Gestik arbeiteten, weil sie nach wie vor von Angst und Mißtrauen beherrscht waren, in dem aber auf jeder Seite der durch Europa und Deutschland gezogenen Demarkationslinie eine zunehmend eindeutiger defensive Strategie die praktische Politik bestimmte, festigten Westmächte wie Sowjetunion ihre Entschlossenheit, den jeweiligen deutschen Besatzungsraum in der eigenen Gruppierung festzuhalten und zu deren Stärkung dort zu integrieren. Völlig undenkbar wurde es, den eigenen Besatzungsraum womöglich dem Gegner zu überlassen, die Front der Freunde zu schwächen und die Front des Feindes zu kräftigen. Damit schied auch eine Zusammenführung der getrennten deutschen Territorien bei vereinbarter Neutralisierung Gesamtdeutschlands als reale politische Möglichkeit aus. Ein Staat wie Deutschland hätte nicht lange in aufgezwungener Isolierung und Bewegungslosigkeit gehalten werden können. Alle handelnden Politiker wußten das und litten daher unter der Vorstellung, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland, nachdem es seine Fesseln abgestreift hatte, nicht dem eigenen, sondern dem feindlichen Lager anschloß und damit eine nicht hinnehmbare Machtverschiebung bewirkte. Als Bruno Kreisky während der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag Molotow einmal fragte, ob nicht auch für Deutschland eine österreichische Losung zu finden sei, antwortete der sowjetische Außenminister:

„Die Deutschen waren zweimal mit Waffengewalt in unserem Lande. Die Neutralität Österreichs läßt sich mit einem Papier sichern, die Neutralität Deutschlands nicht.“

Die Konferenzen, auf denen sich die Außenminister der vier Besatzungsmächte im Jahre 1947 mit Deutschland beschäftigten, haben die 1946 von allen getroffene Entscheidung, unter den gegebenen Umständen wenigstens den Status quo zu behaupten, nur bestätigt. Bei ihnen handelte es sich mehr um Schaukämpfe, die den östlichen wie den westlichen Akteuren vornehmlich dazu dienen, die jeweils eigenen Deutschen zur Erleichterung ihrer Integrierung davon zu überzeugen, daß für die Fortdauer und ständige Verfestigung der Teilung Deutschlands die Gegenseite verantwortlich sei.

George Kennan, damals Leiter der Planungsteilung im State Department, hat im August 1948 eine „Program A“ genannte Anleitung für deutschlandpolitische Verhandlungen mit der Sowjetunion ausgearbeitet, die für Moskau unannehmbare Vorschläge enthielt, jedoch so abgefaßt war, daß die erwartete Ablehnung, wie Kennan in seinen Memoiren schrieb, „die Russen mit der Verantwortung für die endgültige Spaltung Deutschlands belasten“ mußte. Auf der anderen Seite hat sich zur gleichen Zeit Stalin nicht geniert, selber die Kampagne als unernst zu entlarven, die der gesamte östliche Propagandaapparat gerade gegen die westlichen „Spalter“ Deutschlands eröffnet hatte. In einer Unterhaltung mit den Botschaftern der drei Westmächte, die am 3. August 1948 im Kreml stattfand, ließ Stalin, der am 24. Juni eine Blockade über West-Berlin verhängt hatte, keinen Zweifel daran, daß die Berliner Blockade nicht etwa dem Zweck diene, die Westmächte zur Aufnahme von Verhandlungen über Deutschland zu nötigen, sondern dem Ziel, die Westmächte aus Berlin herauszudrücken und Berlin selbst als Hauptstadt eines künftigen ostdeutschen Staatswesens verfügbar zu machen, mithin lediglich der Arrondierung dieses Staatswesens. So war die Berliner Blockade, ungeachtet der begleitenden und für deutsche Empfänger komponierten Einheitspropaganda, nach Stalins Kalkül ein taktisches Offensivunternehmen im Rahmen strategischer Statusquo-Politik.

Daß nun also Ostdeutschland wie Westdeutschland in größeren internationalen Systemen Aufgaben zugewiesen erhielten und übernahmen, die zur Eindämmung des jeweils gegnerischen Lagers beitragen sollten, hat allerdings das erste und anfänglich einzige Motiv der Deutschlandpolitik aller europäischen und aller an Europa interessierten Staaten, nämlich die Eindämmung der deutschen Aggressivität, keineswegs außer Kraft gesetzt. Niemand auf westlicher Seite bestritt, daß die westlichen Allianzen auch Westdeutschland Sicherheit zu bieten hatten, doch ging es stets ebenso, wie Hermann-Josef Rupieper gezeigt hat, um „Sicherheit vor Deutschland“. Präsident Eisenhower hat die EVG stets als ein Mittel sowohl gegen sowjetischen Expansionismus wie gegen deutschen Nationalismus betrachtet, und als Deutschland nach dem

Scheitern des EVG-Projekts über die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union in die NATO gesteuert wurde, da hat General Gruenther, der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO in Europa, diese Entwicklung ausdrücklich deshalb begrüßt, weil nun ausgeschlossen sei, daß die Streitkräfte einzelner Mitgliedstaaten zu nationalistischen Abenteuern aufbrächen, d. h. – wie er sagte –, daß „ein wiedererstarkter deutscher Generalstab alleine losmarschiert“. Die französischen Politiker waren sogar der Meinung, daß die potentielle deutsche Bedrohung im Grunde mehr zu fürchten sei als die akute sowjetische Bedrohung.

Daß die doppelte Eindämmung das Koordinatensystem lieferte, in dem allein sich damals die Deutschlandpolitik der Mächte bewegen konnte, ist nicht zuletzt an dem diplomatischen Austausch abzulesen, den Stalin am 10. März 1952 mit einer Note an die drei anderen Besatzungsmächte eröffnete, in der er eine Vier-Mächte-Konferenz zur Ausarbeitung eines Friedensvertrags mit Deutschland vorzuschlagen schien, mit einem einerseits wiedervereinigten und sogar wiederbewaffneten, andererseits jedoch neutralisierten Deutschland. Die Haltung der Westmächte in dem Gefecht gab nie irgendwelche Rätsel auf. In Westeuropa dominierte härteste Opposition gegen eine Offerte, deren Annahme dem entstehenden westlichen Verbund den militärischen, vermutlich aber selbst den wirtschaftlichen Beitrag Westdeutschlands genommen hätte, und bare sieben Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches weckte schon die bloße Aussicht auf die Wiederkehr eines nirgends integrierten deutschen Nationalstaats blankes Entsetzen und unüberwindlichen Widerstand. In Washington, wo man selbstverständlich auch auf die Deutschlandfurcht der europäischen Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen hatte, dachte ebenfalls niemand daran, aus der allmählich zusammenwachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abwehrfront gegen das sowjetische Lager ausgerechnet das Kernstück herausbrechen zu lassen.

So haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine Neutralisierung Deutschlands rundweg abgelehnt. Sie brauchten dazu aber weder den Rat noch die Genehmigung Konrad Adenauers; schon gar nicht nahmen sie aus Bonn Weisungen entgegen. Der Einfluß des Bundeskanzlers auf die beiden ersten westlichen Noten war gleich null, der Einfluß auf die dritte und vierte westliche Note nicht viel größer. Ein gegen die Politik der Westmächte opponierender Bundeskanzler wäre naturgemäß sehr störend gewesen, und eine machtvolle westdeutsche Volksbewegung für die sowjetischen Vorschläge hätte die westlichen Kabinette vor ernste Schwierigkeiten gestellt. Daß Adenauer mit dem Kurs der Westmächte übereinstimmte, daß ferner auch die westdeutsche Volksbewegung ausgeblieben ist, hat die westliche Notenpolitik fraglos erleichtert, aber mitnichten verursacht und bestimmt.

Die Annahme wiederum, Moskau habe damals tatsächlich die Wiedervereinigung zu akzeptablen Bedingungen angeboten, beruht nach meiner Meinung

auf einer Verkennung der sowjetischen Deutschlandpolitik jener Jahre. Im Grunde hat auch die sowjetische Haltung im Notengefecht von 1952 nie schwierigere Rätsel aufgegeben. Entgegen einer oft zu hörenden Ansicht sind ja die sowjetischen Absichten durch die westliche Notenpolitik durchaus ausgelotet und ermittelt worden. In den drei entscheidenden Punkten konnte sehr wohl Klarheit geschaffen werden.

Erstens ist die Sowjetunion dem westlichen Insistieren auf freien Wahlen in ganz Deutschland beharrlich ausgewichen, obwohl die Westmächte die Moskauer Forderungen in der Frage der Kontrolle solcher Wahlen praktisch sämtlich akzeptierten. Schon damit bewies Stalin, daß er freie gesamtdeutsche Wahlen nicht haben wollte und daß er gar nicht daran dachte, die SED-Herrschaft in der DDR preiszugeben und die Partei in einem wiedervereinigten Deutschland dem freien Spiel der politischen Kräfte zu überantworten. Noch deutlicher machten das im übrigen seine Nachfolger ein Jahr später, am 17. Juni 1953.

Zweitens ist, wenn man das Notengefecht als Ganzes studiert, gar nicht zu übersehen, daß die sowjetische Seite sorgfältig darauf achtete, den Notenwechsel so zu halten, daß er genau das blieb, was er war, nämlich ein Wechsel von Noten. Das heißt aber, daß sich die Sowjetunion alle Mühe gab, zur Verhinderung der Realisierung ihres Konferenzvorschlags selber einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

Wenn jedoch Stalin gar keine Vier-Mächte-Konferenz haben wollte, so bestätigt das die erste Konklusion und führt unweigerlich und endgültig zu der Schlußfolgerung, daß es ihm drittens auch mit der Neutralisierung Deutschlands nicht ernst war. Das paßt zur Einschätzung der Neutralisierung, die man aus sowjetischen Äußerungen vor und nach 1952 kennt. Offensichtlich ist die Vorstellung falsch, Stalin habe auf die Entstehung der westlichen Allianzen, sofern Westdeutschland darin Mitglied würde, mit Furcht reagiert. Tatsächlich war nie recht einleuchtend, warum man in Moskau die weit gefährlichere Lösung der deutschen Frage, nämlich die Wiederkehr eines unberechenbaren und im Hinblick auf die in Potsdam festgelegten deutschen Ostgrenzen höchstwahrscheinlich revisionistischen deutschen Nationalstaats, der Integration Westdeutschlands in den Westen und der Integration Ostdeutschlands in den Osten vorgezogen haben soll. Als sich der sowjetische Diktator im Juli 1952 mit dem italienischen Sozialisten Pietro Nenni unterhielt, saß da, wie wir aus einer Tagebuchaufzeichnung Nennis wissen, ein Stalin, der die Vorgänge im Westen mit großem Gleichmut kommentierte und sein Sicherheitsbedürfnis von dem entstehenden Gleichgewicht der Kräfte optimal befriedigt fand.

In Wirklichkeit handelte es sich bei den sowjetischen Noten um nichts anderes als um ein Propagandamanöver. Gerhard Wettig hat kürzlich eine sehr verdienstvoll aus den Akten des Moskauer Außenministeriums erarbeitete Studie vorgelegt, in der er die Entstehungsgeschichte der sowjetischen No-

tenkampagne schildert und analysiert. Er kann zeigen, wie zwischen Anfang 1951 und Anfang 1952 SED-Führung und Moskauer Außenministerium an Versionen eines Dokuments herumfeilten, das allein für propagandistische Absichten gedacht war, wobei aus anfänglichen Entwürfen, die einer an die DDR anzuschließenden Bundesrepublik östliche Integration und Sowjetisierung verhießen, allmählich die Fassung vom März 1952 wurde, die unter propagandistischen Gesichtspunkten nicht mehr als völlig absurd erschien. Gerhard Wettig zieht daraus den Schluß, daß die Bevölkerung Westdeutschlands angesprochen und jedenfalls gegen die Westintegration aufgestachelt werden sollte.

Doch gibt es noch eine andere Möglichkeit. Man kann die Notenkampagne als Versuch verstehen, die Schuld an der Verfestigung der deutschen Teilung dem Westen anzulasten und damit die Ostintegration der DDR zu erleichtern. Das würde vielleicht besser mit der von Stalin damals verfolgten Generallinie seiner Blockpolitik übereinstimmen, die darauf hinauslief, in allen Ländern des sowjetischen Imperiums nationale Eigenständigkeit mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Im Hinblick auf die DDR gab es noch ein Sonderproblem. Schon 1977 ist gesagt worden:

„Die DDR hatte bis zum Frühjahr 1952 den militärischen Zweig der Volkspolizei als Kaderarmee nach dem Muster der alten Reichswehr organisiert. Den vorgesehenen Ausbau auf der Basis der Freiwilligkeit fortzusetzen hatte sich schon 1951 als überaus schwierig erwiesen. Von der allgemeinen Unlust der Bevölkerung abgesehen, wirkte nicht zuletzt gerade die antimilitaristische Propaganda der SED hemmend. Zur Stabilisierung des Staates wie zur Erfüllung seiner künftigen Bündnispflichten war eine Änderung des militärischen Rekrutierungsmechanismus und eine Änderung der generellen Linie in militärischen Fragen unumgänglich geworden. Der Vorschlag, eine deutsche Nationalarmee aufzustellen, hat diese Änderung eingeleitet.“

1991 hat Wilfriede Otto inzwischen zugänglich gewordene Tagebuchnotizen Wilhelm Piecks veröffentlicht, die jene Vermutung aus dem Jahre 1977 bestätigen. Pieck hielt sich, zusammen mit Grotewohl und Ulbricht, vom 31. März bis zum 10. April 1952 in Moskau auf, um mit sowjetischen Gesprächspartnern, darunter auch Stalin, die künftige Politik in der DDR zu erörtern. Zunächst ist festzustellen, daß Piecks Notizen einen Mann und eine Delegation zeigen, die ohne jede Sorge um den Bestand der DDR und der SED-Herrschaft sind. Es geht bei den Besprechungen um den weiteren Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland, und ein zentraler Punkt dabei ist die Notwendigkeit, die Abkehr vom bisher verfochtenen Pazifismus zu bewerkstelligen. „Die pazifistische Periode ist vorbei“, notiert Pieck und hält fest, daß es nun darum gehe, die „Volksarmee [zu] schaffen“, und zwar „ohne Geschrei“. Acht Wehrkreise sollen entstehen, neun oder zehn Armeekorps,

30 Divisionen. Die sowjetischen Gastgeber sagen den Deutschen: „Erfüllt euch mit Kampfgeist, wir werden euch helfen.“ Am 9. April 1952 erhalten die Moskauer Botschafter der drei Westmächte die zweite sowjetische Note. Acht Tage zuvor hält Pieck als eine Konsequenz der deutschsowjetischen Konferenzen fest: „FDJ muß schießen lernen.“

Man wird konstatieren dürfen, daß im ersten Nachkriegsjahrzehnt, spätestens seit Mitte 1946, die Fronten in der Deutschlandpolitik der vier Besatzungsmächte starr waren. Die erfolglose Deutschland-Konferenz der vier Außenminister, die im Januar und Februar 1954 in Berlin stattfand, hat das ebenso gezeigt wie das Treffen, das die vier Regierungschefs vom 18. bis zum 23. Juli 1955 in Genf zusammenführte.

Daß die Deutschen diese Starrheit und den von ihr verursachten Teilungsprozeß hinnahmen, ist allerdings nicht allein mit der vom Dritten Reich und seinem Krieg hinterlassenen Erschöpfung zu erklären. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist eine der stärksten Triebfedern politischen Handelns. Tatsächlich haben wir es neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland, das eine Folge des Zweiten Weltkriegs war, und neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor dem jeweils feindlichen Lager, das zum Kalten Krieg gehörte, mit einem dritten Sicherheitsbedürfnis zu tun, mit dem sogar extrem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, das als politischer Faktor aufgrund der Umstände freilich auf Westdeutschland beschränkt war.

Die Westdeutschen und dann die Bundesrepublik grenzten unmittelbar an das entstehende und dann entstandene sowjetische Imperium. Man kann das Vorspiel der von Hitler freigesetzten sowjetischen Dynamik ausklammern, etwa den am 30. November 1939 unternommenen Angriff auf Finnland oder die 1940 von Rumänien ultimativ erpreßte Abtretung Bessarabiens. Aber die Bewohner Westdeutschlands hatten zwischen 1944 und 1949 die Entstehung des sowjetischen Imperiums als prägende Erfahrung erlebt. Mit einer Faszination, die zu tiefstzender Furcht führte, war registriert worden, wie dem Zusammenspiel zwischen militärischer sowjetischer Macht – anwesend oder drohend – und einheimischen kommunistischen Parteien erst Polen und zum zweiten Mal, wie schon im Juni 1940, die baltischen Staaten, dann Bulgarien und Rumänien, schließlich Ungarn und die Tschechoslowakei zum Opfer fielen. Daß die Sowjetunion zugleich in jenem Teil Deutschlands, in dem sie militärisch präsent war, ihre wirtschaftliche, politische und ideologische Herrschaft laufend ausbaute und ihre Besatzungszone allmählich praktisch in einen Teil ihres Imperiums verwandelte, gab der Furcht naturgemäß eine besondere Dimension; schien doch aus dem Vorgang hervorzugehen, daß der sowjetische Imperialismus als ein grundsätzlich nicht zu saturierender Expansionismus verstanden werden müsse. Wahrscheinlich hat dieser Schluß die stalinistische Sowjetunion falsch eingeschätzt. Doch war dieser Schluß angesichts des sowjetischen Vorgehens zwangsläufig.

Die erste Bundesregierung unterwarf ihr internationales Handeln, und zwar mit Zustimmung einer eindeutigen Majorität der Bevölkerung, bewußt den vom Sicherheitsbedürfnis gesetzten Orientierungspunkten, d. h. sie suchte bewußt und konsequent die Anlehnung an die Westmächte, die allein in der Lage waren, das Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen. Diese Politik hat ohne Frage jene Politik begünstigt, mit der die vier Besatzungsmächte ihr Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland befriedigten. Zugleich entsprach die westdeutsche Politik jener Jahre aber den damaligen politischen Möglichkeiten und ebenso den politischen Interessen der Westdeutschen; sie war mithin, historisch gesehen, ebenso unvermeidlich wie jedenfalls moralisch unanfechtbar. Danke. (Beifall – Manuskriptfassung Seite 1381 ff.)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Graml.

Der Kalte Krieg in Europa hat nach zehn Jahren aus ehemaligen Verbündeten und Alliierten Feinde gemacht und zur Teilung der Welt geführt, wie Sie, Herr Professor Dr. Loth, ausführen werden. Ich bitte Sie herzlich darum, uns davon zu berichten, wie es weitergegangen ist.

Prof. Dr. Wilfried Loth: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 30 Minuten für die Darstellung eines Zeitraums von knapp 30 Jahren sind natürlich nicht viel Zeit. Ich erspare mir deshalb, zu wiederholen, was ich in meinem Papier über die allgemeine Struktur des Ost-West-Konflikts geschrieben habe (Manuskriptfassung Seite 1744 ff.). Ich gehe auch nicht auf die Berlin-Krise ein, die am Anfang meines Berichtszeitraums steht.

Festzuhalten ist in unserem Zusammenhang nur – das ist gleichzeitig eine Antwort auf eine der Fragen von Herrn Jacobsen von heute vormittag –, daß die Berlin-Krise das definitive Ende jeder operativen Wiedervereinigungspolitik der Westmächte brachte. Dieses Ende wird nicht vom August 1961, sondern von der Genfer Außenministerratstagung vom Frühjahr und Sommer 1959 markiert. Auf dem Rückflug von den Beerdigungsfeierlichkeiten für John Foster Dulles vereinbarten die drei westlichen Außenminister, im weiteren Verlauf der Konferenz nur noch über Berlin zu sprechen, d. h. nicht mehr über Vorstellungen – auch westliche – zur Wiedervereinigung. Seitdem konzentrieren sich die Westmächte auf die Behauptung des Status quo auch in der deutschen Frage.

Der Ausgang der Kuba-Krise 1962, die ich jetzt auch nicht mehr im Detail behandeln will – sie können das in meinem Papier nachlesen –, hatte für die weitere Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses zwei höchst bedeutsame Konsequenzen. Zum einen sah Chruschtschow ein, daß er sich angesichts der realen Machtverhältnisse vorerst mit der De-facto-Respektierung des Status quo begnügen mußte. Er verstand auch, daß die amerikanische Haltung tatsächlich defensiv war, so daß er das tun konnte. Damit hörte der Druck auf Berlin auf. Zum anderen stellte Chruschtschow alle Weichen für den Ausbau der Sowjetunion zu einer militärischen Supermacht, die den USA ebenbürtig